

Von: Lutz.Braunoehler@bistum-aachen.de [mailto:Lutz.Braunoehler@bistum-aachen.de]

Gesendet: Freitag, 19. Februar 2021 16:46

An: Walther Oliver <O.Walther@uebach-palenberg.de>

Betreff: Bündnis "Städte Sicherer Häfen"

Wichtigkeit: Hoch

Guten Tag Herr Bürgermeister Oliver Walther,

nachdem der Rat der Stadt Wegberg gemäß Meldung der RP vom 4. Januar 2021 als erste Kommune im Kreis Heinsberg dem Bündnis "Städte Sicherer Häfen" beigetreten ist, wende ich mich an Sie mit der Bitte, diese Entscheidung in der Stadt Übach-Palenberg ebenfalls zu unterstützen und den Stadtrat alsbald über einen Bündnisbeitritt befinden zu lassen.

Der Katholikenrat der Region Heinsberg hatte bereits am 14. September 2020 zusammen mit dem Flüchtlingsrat im Kreis Heinsberg e.V. eine Stellungnahme zur Situation in den griechischen Flüchtlingslagern nach dem Brand in Moria verfasst und diese an das Bundeskanzleramt und MdB Oellers geschickt (vgl. Anlage). Die Antworten entsprachen dem, was man angesichts der erneut beschworenen Voraussetzung einer gemeinsamen EU-Regelung erwarten durfte. In der Realität hat sich an der Situation in Griechenland nichts geändert. Nach meiner Auffassung lässt sich der politische Druck nur dadurch verstärken, dass viele Städte und Gemeinden dem Bündnis beitreten und den Entscheidungsträgern in Berlin und Düsseldorf damit deutlich machen, dass die politische Meinung der Menschen und Gremien vor Ort eine andere ist als die von Regierungsseite offiziell immer wieder verkündete.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich in der von Ihnen vertretenen Stadt dafür stark machen, dass den Menschen in den Flüchtlingslagern durch konkrete und zielorientierte Maßnahmen, vor allem in Gestalt der alsbaldigen Aufnahme in deutschen Städten und Gemeinden in weitaus größeren Zahlen als bisher und ohne Alterseinschränkungen geholfen wird. Ihre Unterstützung und Entscheidung würde nach meiner Einschätzung von vielen anderen politisch Verantwortlichen im Kreis Heinsberg respektiert und ernst genommen. Wir würden also viel(e) gewinnen. Danke für Ihre Mühe.

Herzliche Grüße

Lutz Braunöhler

Vorsitzender des Katholikenrats der Region Heinsberg

Betrather Straße 22
41061 Mönchengladbach
Telefon 02161/980617

Aufruf des Katholikenrats der Region Heinsberg und des Flüchtlingsrats Heinsberg e.V.

Der Katholikenrat der Region Heinsberg hat sich seit 2015 regelmäßig in seinen Sitzungen intensiv mit der Flüchtlingsfrage beschäftigt und unterstützt ehrenamtlich tätige Christinnen und Christen in den Gemeinden bei ihrem Engagement mit geflüchteten Menschen in der Region. Der Flüchtlingsrat - 2015 auf Initiative des Katholikenrats gegründet - ist im ständigen Austausch mit Initiativgruppen, die sich vor Ort um Geflüchtete kümmern, führt aber besonders auch Gespräche mit den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung im Kreis Heinsberg. Katholikenrat und Flüchtlingsrat unterstützen kirchliche Gemeinden, die sich im Kirchenasyl engagieren.

Nach dem Brand des Lagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind 13.000 Menschen direkt von der Katastrophe betroffen. Schutzsuchende Menschen leben in Moria teilweise seit Jahren unter menschenunwürdigen Bedingungen in einem völlig überfüllten Camp, ohne angemessene Gesundheitsversorgung und ohne konkrete Perspektiven für ihr Leben. Die aufgetretenen Corona-Infektionen in Moria haben die Lage weiter verschlimmert. Und jetzt verfügen die Menschen nicht einmal mehr über menschenwürdige Unterkünfte, nachdem das Lager fast vollständig zerstört ist.

Der Katholikenrat der Region Heinsberg und der Flüchtlingsrat Heinsberg e.V. fordern von der Bundesregierung ein schnelles Handeln zur Behebung der aktuellen Notsituation und eine koordinierte Ausreise eines größeren Kontingents nach Deutschland.

Zahlreiche Kommunen in ganz Deutschland haben sich im Rahmen des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ zusammengeschlossen und sich zur Aufnahme der geflüchteten Menschen bereit erklärt. Ausreichende Aufnahmekapazitäten sind damit vorhanden und ohne größere Probleme schnell nutzbar.

Niemand flieht freiwillig: Krieg, Verfolgung, Gewalt, Armut, Klimakrise und schließlich die aktuelle Pandemie führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Nicht, weil sie es so wollen, sondern, weil es einfach keinen anderen Ausweg gibt. Auf der Suche nach einem „sicheren Hafen“ für ihr Leben begeben sie sich auf gefährliche Fluchtrouten, denn es gibt kaum sichere Wege in die EU. Doch statt die Menschen auf ihrer Flucht zu schützen, schottet die EU sich immer stärker an ihren Außengrenzen ab.

Papst Franziskus wies bereits 2016 auf die besondere Verantwortung der EU hin: „Europa ist die Heimat der Menschenrechte und wer auch immer seinen Fuß auf europäischen Boden setzt, müsste das spüren können“. Auch der Vorsitzende der europäischen Kommission der Bischofskonferenzen, Kardinal Jean-Claude Hollerich sagte in ähnlichem Sinne: „Wenn wir die schreckliche Lage der Migrantinnen und Migranten nicht ändern, dann wird das Reden über die christlichen Wurzeln Europas zur Lüge“.

Schon lange kritisieren kirchliche Gremien und Organisationen die katastrophale Situation in den Lagern auf den griechischen Inseln.

Mit der Einführung des Hotspot-Systems und dem EU-Türkei-Deal verantworten Griechenland und die EU die Unterbringung der Geflüchteten in den chronisch überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln. Die Lager sind Teil einer Politik der Migrationsabwehr und bewusst als dauerhaft angelegt. Das derzeitige Hotspot-System darf nicht weitergeführt werden. Nicht nur in Moria herrschen unhaltbare Zustände, auch die Lager auf Samos und Chios sind kein Ruhmesblatt für Europa und seine angebliche Willkommenskultur.

Das Lager Moria ist seit Jahren das signifikante Sinnbild einer verfehlten und gescheiterten Migrations- und Asylpolitik der EU. Jetzt muss den obdachlosen geflüchteten Menschen in ihrer aktuellen Not geholfen werden, indem sie in sicheren Ländern mit menschenwürdiger Unterbringung und ebensolchen Lebensbedingungen aufgenommen werden. Deutschland muss neben den europäischen Mitgliedsstaaten in der konkreten Situation eigene Verantwortung übernehmen und mit beispielhaftem Vorgehen ein deutliches Zeichen setzen.

Es muss jetzt schnell und zielführend für die betroffenen Menschen gehandelt werden:

Wir verlangen von der Bundesregierung, hier und jetzt voranzugehen und nicht auf eine gesamteuropäische Lösung zu warten.

Es ist nicht erkennbar, dass eine tragfähige Koordination innerhalb der europäischen Staaten in absehbarer Zeit zustande kommt. Aber die betroffenen Menschen brauchen jetzt eine tragfähige Perspektive. Europaweit sind Kommunen bereit, die Menschen aus den Lagern an den europäischen Außengrenzen aufzunehmen. Dies muss jetzt und sofort ermöglicht werden.

Wir müssen den Menschen in Moria durch schnelles Handeln die Würde zuteilwerden lassen, die ihnen in ihren Herkunftsländern und auch in den griechischen Lagern genommen wurde.

Lutz Braunöhler

Vorsitzender des Katholikenrats der Region Heinsberg

Hans-Jürgen Knubben

Vorsitzender des Flüchtlingsrats Heinsberg e.V.